



Beschluss

TOP I.5

Neustrukturierung und Modernisierung des Pfändungsschutzrechts

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Sachsen

- 1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen den von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Modernisierung des Zwangsvollstreckungsrechts" erarbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung und Modernisierung des Pfändungsschutzrechts (GNeuMoP) zur Kenntnis.**
- 2. Die Justizministerinnen und Justizminister halten die von dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Modernisierung des Sachpfändungsschutzes und Neustrukturierung des Forderungspfändungsschutzes für geeignet und erforderlich, um die derzeitigen Schwachstellen des Pfändungsschutzrechts zu beseitigen, die Zwangsvollstreckung zu vereinfachen und den Schutz des Existenzminimums in der Zwangsvollstreckung mit dem Sozialrecht zu harmonisieren. Sie sprechen sich dafür aus, den Gesetzentwurf als Bundesratsinitiative beim Deutschen Bundestag einzubringen.**